

Interview mit Kultusministerin Dr. Annette Schavan zum Motto des 21. Deutschen Berufsschultages:

"Berufliche Schulen – Kompetenzzentren für die Region"

BbSch: Sehr geehrte Frau Dr. Schavan, der Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS) veranstaltet am 11. Mai seinen 21. Deutschen Berufsschultag in Freiburg. Diese große Verbandstagung steht unter dem zukunftsweisenden Motto "Berufliche Schulen – Kompetenzzentren für die Region". Damit bündelt der BLBS die aktuelle Modernisierungsdebatte zur beruflichen Bildung in einer zentralen Zielperspektive für die beruflichen Schulen.

Spontan gefragt: Welche Gefühle und Überlegungen löst das Motto des 21. Deutschen Berufsschultages bei der Kultusministerin des Landes Baden-Württemberg aus?

Dr. Schavan: Die Leistungsfähigkeit der beruflichen Schulen hat eine lange und erfolgreiche Tradition. Das Motto des Berufsschultages spiegelt dieses Fundament wider und ist gleichzeitig eine Zielformulierung für die Entwicklung der kommenden Jahre. Gerade in der heutigen Zeit ist es wichtig, dass Schulleitungen bzw. Kollegien der beruflichen Schulen sich mit Fragen befassen, die über die Gestaltung des Unterrichtsalltags hinausreichen. Die Positionierung der beruflichen Schulzentren in ihrem jeweiligen regionalen Umfeld gewinnt immer stärker an Bedeutung. Die beruflichen Schulen erfreuen sich gegenwärtig einer nie da gewesenen Aufmerksamkeit. In einer Zeit, in der betriebliche Ausbildungseinheiten unter Kostengesichtspunkten organisiert werden, wird der Berufsschulunterricht bis auf wenige Ausnahmen als wichtige Ressource im Bildungsgeschehen betrachtet. Folgerichtig werden derzeit Forderungen nach vollem Unterricht der jeweils gültigen Stundentafel sowie nach weiteren Qualitätsverbesserungen des Berufsschulunterrichtes laut. Das war nicht immer so; vor nur wenigen Jahren wurden Entwicklungen gefordert, die eine Kürzung von Berufsschulunterricht zum Ziel hatten. Für die Entwicklung beruflicher Schulen hin zu regionalen Kompetenzzentren hat der Bereich der Berufsschule, d.h. der Berufsschulunterricht innerhalb des dualen Ausbildungssystems aus meiner Sicht konstitutive Bedeutung. Er ist gleichsam unsere "Kernkompetenz", auf die wir uns in besonderer Weise konzentrieren. Hinzu treten Aufgaben im Bereich der Berufsvorbereitung, des Erwerbs vollschulischer berufsqualifizierender Abschlüsse sowie Angebote, die zum Erwerb der Fachhochschulreife oder auch der Hochschulreife führen. Abschlüsse im Bereich der Fort- und Weiterbildung vervollständigen das Angebot. Hinsichtlich einer professionellen Weiterentwicklung der beruflichen Bildung ist eine ausgewogene Abstimmung zwischen vollschulischen Ausbildungsangeboten einerseits und beruflicher Erstausbildung im Zusammenhang mit einer tragfähigen Fort- und Weiterbildung andererseits gefordert. Derzeit existiert nach meiner Einschätzung vielfach ein Überangebot vollschulischer Bildungsmaßnahmen, das erhebliche Ressourcen bindet.

BbSch: Der BLBS fordert den Ausbau der beruflichen Schulen zu regionalen Kompetenzzentren für die Aus- und Weiterbildung mit dem Ziel, die berufliche Bildung zum Motor der regionalen Wirtschaftsentwicklung werden zu lassen. Hierbei sollen die Bildungsleistungen maßgeschneidert auf die Bedürfnisse der Region angeboten werden. Wie stellen Sie sich zu dieser Forderung des BLBS?. Welche Maßnahmen auf Bundes- und Länderebene halten Sie für erforderlich, um die berufliche Aus- und Weiterbildungsstruktur speziell im ländlichen Raum zu verbessern?

Dr. Schavan: Bereits heute ist die berufliche Bildung einer der wichtigsten Motoren der regionalen Wirtschaftsentwicklung. Im Netzwerk der regionalen Bildungsanbieter haben sich die beruflichen Schulen durchweg eine Position erarbeitet, die sie größtenteils eigenständig

durch aktives Entwickeln ihrer jeweiligen Stärken erreichten. Berufliche Bildung wird traditionell nach dem Konsensprinzip und - insbesondere im Weiterbildungsbereich - nach dem Prinzip der Subsidiarität staatlichen Handelns gestaltet. Beide Prinzipien haben sich bislang bewährt. In diesem Rahmen hat Baden-Württemberg ein dichtes Netz von Fachschulen - ich meine insbesondere die Technikerschulen, die Fachschulen für Betriebswirtschaft, die öffentlichen Meisterschulen und die Akademien für handwerkliche Berufe. Außerdem verfügen eine Reihe beruflicher Schulen über einen Förderverein, der als nichtstaatlicher Bildungsanbieter im regionalen Umfeld als Weiterbildungsträger akzeptiert ist. Da dies speziell auf den ländlichen Raum zutrifft, in dem privatgetragene Weiterbildungseinrichtungen häufig ums Überleben kämpfen, erscheinen mir die derzeitigen staatlichen Regelungen zunächst ausreichend.

BbSch: *Die Verzahnung von Aus- und Weiterbildung an beruflichen Schulen wäre auch ein Beitrag zur Bündelung der Investitionen für Raum- und Sachausstattungen. Der BLBS vertritt generell die Auffassung, dass auch aus finanzpolitischen Überlegungen eine regionale Lernort-Optimierung überfällig ist. Unterschiedliche Zuständigkeiten und unterschiedliche Finanzierungstöcke dürfen nicht länger zu vermeidbaren Belastungen des Steuerzahlers führen. Sehen Sie Chancen, dass diese These nicht nur Zustimmung im Grundsätzlichen, sondern auch in den konkreten politischen Entscheidungen erfährt? Vielleicht können Sie durch beispielhafte Kooperationsmodelle auch die Richtung andeuten, die anzustreben ist.*

Dr. Schavan: Wie bereits erwähnt, ist es an vielen Stellen gut gelungen, berufliche Erstausbildung mit dem großen Bereich Fort- und Weiterbildung zu verzahnen. Für Baden-Württemberg will ich hier beispielhaft nochmals auf den, weit überdurchschnittlichen Ausbau der ein- und zweijährigen Fachschulen hinweisen sowie auf die Integration von zahlreichen Fortbildungselementen in der Erstausbildung, wie wir das besonders ausgeprägt bei den dualen kaufmännischen Berufskollegs für Abiturienten anbieten. Darüber hinaus muss aber beim Zusammenwirken bzw. bei der effektiven Nutzung der bei Fort- und Weiterbildungsträgern vorhandenen Einrichtungen in erster Linie das Stichwort "Kooperation" und weniger das Stichwort "Bündelung" im Vordergrund stehen. Es würde die Möglichkeiten beruflicher Schulen – auch im Sinne von Kompetenzzentren - wie auch ihrer jeweiligen Träger übersteigen, sollten sie alle erdenklichen Maßnahmen der Fort- und Weiterbildung bündeln. Vielmehr ist ein kreativer Wettbewerb zwischen den Anbietern gefordert, wobei immer aus guten Gründen der Grundsatz der Subsidiarität staatlichen Handelns zu beachten ist. Anders ausgedrückt: Eine effektive Bündelung der schon getätigten und noch zu leistenden Investitionen erreichen wir am besten dadurch, dass die verschiedenen in der Region vertretenen Bildungsanbieter vor Ort mit Blick auf ihre jeweiligen Stärken und Möglichkeiten kooperativ und abgestimmt zusammenwirken.

BbSch: *Nach Auffassung des BLBS wird die Weiterentwicklung der beruflichen Schulen zu Kompetenzzentren durch fehlende rechtliche Rahmenbedingungen zur Verzahnung von beruflicher Aus- und Weiterbildung behindert oder gar verhindert. Welchen Beitrag kann nach Ihrer Ansicht die Kultusministerkonferenz zur notwendigen rechtlichen Öffnung leisten? Halten Sie entsprechende Änderungen im Schulrecht oder die Schaffung von Weiterbildungsgesetzen in den Bundesländern, wo dies noch nicht erfolgt ist, für erforderlich?*

Dr. Schavan: Dass die vorhandenen rechtlichen Rahmenbedingungen bezogen auf die sehr differenziert zu betrachtenden Einzelfälle weiter optimiert werden können, will ich nicht ausschließen. Eine Regelungskompetenz vonseiten der Kultusministerkonferenz ist hier jedoch nicht gegeben, da dieser Bereich überwiegend in den Bereich des Bundeswirtschaftsministeriums fällt, also ähnlich wie im Bereich bundesweit gültiger dualer Ausbildungsberu-

fe zunächst Bundesangelegenheit ist. Ich bin der Überzeugung, dass die vorhandenen rechtlichen Möglichkeiten bei entsprechender Kooperationsbereitschaft vor Ort noch besser genutzt werden könnten, wenn im weiten Bereich der beruflichen Bildung die angebotenen und noch anzubietenden Maßnahmen der verschiedenen vor Ort vorhandenen Träger besser miteinander verzahnt werden könnten. Rechtliche Vorschriften können die gebotene Kooperation vor Ort nicht ersetzen. In Bezug auf die beruflichen Schulen bedeutet dies konkret, dass sie sich in den nächsten Jahren dem Wettbewerb auf dem Bildungsmarkt vermehrt stellen müssen - und dazu nach meinen Beobachtungen auch überwiegend bereit sind, weil sie um ihre Kompetenz wissen. Ich warne vor einer Überregulierung rechtlicher Rahmenbedingungen. Nach allen bisherigen Erfahrungen werden sie eine zukunftsweisende Weiterentwicklung der beruflichen Schulen in der einen oder anderen Form eher behindern, als fördern.

***BbSch:** Die Leistungsfähigkeit beruflicher Schulen hängt insbesondere von einer ausreichenden Lehrerversorgung und von der fachlichen und pädagogischen Kompetenz der Lehrenden ab. Der BLBS fordert mehr Anstrengungen des Staates z.B. in dienst- und besoldungsrechtlichen Fragen zur Sicherung der Lehrerversorgung an beruflichen Schulen. Gleichzeitig sieht er auch Anlass für eine Reform der Lehrerausbildung und Lehrerfortbildung z.B. mit dem Ziel, zeitgemäße Ausbildungsrichtungen für das Lehramt an beruflichen Schulen (Informationstechnik, Mechatronik u.a.) zu installieren und die Fach- und Methodenkompetenz der Lehrenden durch Lehrerfortbildungsmaßnahmen zu fördern. Welche Vorstellungen haben Sie zur Lösung der dramatischen Probleme bei der Lehrerversorgung und zur qualitativen Fortentwicklung des Lehrpersonals?*

Dr. Schavan: Wenn die Wirtschaft boomt, wenn sie Ingenieure mit lukrativen Gehältern und selbst mit Prämien lockt, muss der Staat mit Werbemaßnahmen, flexibleren Besoldungsstrukturen und Zulagen in bestimmten Aufgabenbereichen nachziehen, um einen guten Lehrernachwuchs zu bekommen. Eine Konkurrenzsituation mit der Wirtschaft besteht vor allem bei den Lehrämtern der beruflichen Schulen. In Baden-Württemberg wurden zur Lehrerversorgung der beruflichen Schulen insbesondere folgende Maßnahmen ergriffen:

- Sonderprogramm "IT-Fachkräfte" mit einem Gesamtaufwand von 53 Mio. DM, das speziell auf die Verbesserung der Unterrichtsversorgung in Informationstechnik und Datenverarbeitung ausgerichtet ist;
- Direkteinstellungsmöglichkeiten für qualifizierte "Seiteneinsteiger";
- kontinuierliche Informationen über die besonders guten Einstellungschancen an den beruflichen Schulen;
- Stellenanzeigen in Tageszeitungen sowohl für den Vorbereitungsdienst als auch für die Lehrereinstellung, begleitet mit Pressemitteilungen und Hinweis im Internet;
- Information der Studienberatungsstellen, Universitäten und Landesarbeitsamt, mit der Bitte um Unterstützung;
- Werbung an allen allgemein bildenden und beruflichen Gymnasien, Abendgymnasien, Kollegs und Berufsoberschulen mit Informationen für das Studium Diplom-Gewerbelehrer/-in mit der Bitte, sie an die Abiturientinnen und Abiturienten weiterzugeben;
- frühzeitige Mitteilungen über die Zulassung zum Vorbereitungsdienst für das höhere Lehramt an beruflichen Schulen;
- Anerkennung weiterer Universitätsabschlüsse für die Zulassung zum Vorbereitungsdienst wie Informatik, Wirtschaftsingenieurwesen, Chemieingenieurwesen, Verfahrenstechnik (Einzelfallprüfung);
- Einstellungszusagen an besonders qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber mit berufsbezogenen Fächern vor Antritt des Vorbereitungsdienstes;
- eine professionell gestaltete Werbebroschüre für das Lehramt an beruflichen Schulen

ist in Planung.

Darüber, hinaus hat Baden-Württemberg bereits im Frühjahr 2000 beim Bund einen Vorstoß unternommen, um wieder Anwärtersonderzuschläge für Referendarinnen und Referendare mit einem berufsbezogenen Fach, beispielsweise in Elektrotechnik, Metalltechnik oder Informationstechnik, zahlen zu können. Leider führten die Verhandlungen zwischen dem Bund und den Ländern noch zu keinem positiven Ergebnis. Das Ziel der Wiedereinführung von Anwärtersonderzuschlägen wird von Seiten Baden-Württembergs mit Nachdruck weiter verfolgt. Die Bundesregierung hat im Januar 2001 den Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung der Besoldungsstruktur vorgelegt. Er sieht u. a. vor, dass in den Laufbahnen des gehobenen und des höheren Dienstes die Eingangssämter neben den bisher vorgesehenen Besoldungsgruppen auch der jeweils nächstniedrigeren oder der jeweils nächsthöheren Besoldungsgruppe zugewiesen werden können. Einschränkend soll jedoch die Flexibilisierungsmöglichkeit für die Lehrkräfte des gehobenen Dienstes nicht gelten. Hier muss noch über Verbesserungen diskutiert werden. Darüber hinaus muss auch in Erwägung gezogen werden, wieder Sonderzuschläge dort einzuführen, wo eine besondere Engpasssituation bei der Unterrichtsversorgung besteht. Ziel einer Erhöhung von Anwärterbezügen und der Eröffnung von Möglichkeiten für die Länder, Anwärtersonderzuschläge zu zahlen. Darüber hinaus hält die KMK eine Flexibilisierung des Laufbahnrechts und die Öffnung des höheren Dienstes für Fachhochschulabsolventen für notwendig. Baden-Württemberg erhält also auch seitens der KMK Unterstützung. Ich hoffe, dass wir jetzt bald im Interesse der Lehrgewinnung zu einem positiven Ergebniskommen.

***BbSch:** Die Umstrukturierung der beruflichen Schulen zu regionalen Kompetenzzentren erfordert auch neue oder modifizierte Strukturen im Bereich der Personalbewirtschaftung (z.B. Eigenverantwortung bei der Einstellung von Lehr- und Verwaltungspersonal) sowie der Finanzierungsregelungen und Mittelbewirtschaftung (Budgetierung, Sponsoring u.a.). Welche Vorstellungen haben Sie in diesen Bereichen von einem modernen Schulmanagement?*

Dr. Schavan: Wir haben in Baden-Württemberg das Projekt "Stärkung der Eigenständigkeit beruflicher Schulen" ausgeschrieben; fast 60 Schulen haben sich für die Teilnahme an diesem Projekt beworben, das im Mai dieses Jahres starten wird. Ziel dieses Projektes ist es, die von den Schulen als notwendig empfundenen Entwicklungsräume zu identifizieren und auf den Weg zu bringen. Kernbereiche hierbei werden das Feld Personalmanagement, die Entwicklung von Schulprofilen und -programmen, die Weiterentwicklung von Lehrplanvorgaben hin zu Kerncurricula und - mit einem ganz besonderen Schwerpunkt - das Feld Qualitätsmanagement sein. Gründlich überprüft werden auch die Organisationsvorgaben, die wir den Schulen machen. Modernes Schulmanagement muss die Schulleitung stärken und so viel Verantwortung an die Schule geben wie irgend möglich. Es muss aber auch sichergestellt werden, dass die für die Unterrichtsqualität und die landesweite Einheit des Bildungssystems relevanten Aspekte von Bildungsplanung und Personalgewinnung nach wie vor gewährleistet bleiben, um keine Gefälle hinsichtlich der Chancengerechtigkeit zu erhalten. Die Entwicklung hin zu regionalen Kompetenzzentren wird die Schulleitungen stärken, die in stärkerem Maße die Geschicke der Schulen unmittelbar bestimmen.

BbSch: Frau Ministerin, wir danken für das Gespräch.